

***Bauch vor Kopf –
Da hilft nur noch Herz***
*Schlussfolgerungen und Thesen zum
Umgang mit den AfD-Wahlerfolgen*



Wichtiger Hinweis:

*Vorliegende Publikation ist ein **noch unfertiges** Diskussionspapier einer informellen Debattenliste von Bündnis 90/ Die Grünen und **keine** verbindliche Beschlusslage der Partei.*

Wir wollen mit den Thesen eine Diskussion anstoßen und erhoffen am Ende der Diskussion zu einem Ergebnis zu kommen, das vielleicht auch seinen Weg zu einer Bundesdelegiertenkonferenz finden kann.

Impressum:

Debattenliste Grüne Linke

www.gruene-linke.de

Dritte Fassung

Mai 2016

Vi.S.d.P:

Thomas Dyhr,

Bündnis90/ Die Grünen,

Kreisverband Barnim

Friedrich-Ebert-Str.- 2, 16225 Eberswalde

www.gruene-barnim.de

Inhaltsverzeichnis

1 Überlegungen zu politisch-ökonomischen Ursachen der Entwicklung	6
1.1 Die Durchökonomisierung der Gesellschaft führt zu Kulturverlust.....	6
1.1.1 Übergewicht der wirtschaftlichen Bedeutung des Begriffs „Wachstum“.....	6
1.1.2 Marginalisierung des Bildungsbegriffs.....	6
1.1.3 Werteverlust in der EU.....	7
1.1.4 Umdeutung des Gemeinwohlbegriffs führt zum Verlusten bei der Rechtsstaatlichkeit	7
1.2 Wirkungen im Inneren	8
1.2.1 Die Globalisierung überfordert die Menschen.....	8
1.2.2 Folgen der Umdeutung des Gemeinwohlbegriffs/ Umverteilung von unten nach oben/ Unternehmensgewinn vor Mensch	9
1.2.3 Milliardengeschenke für die Finanzwirtschaft.....	9
1.2.4 Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge.....	10
1.2.5 Hartz-Reformen als Bedrohung der Mittelschicht.....	10
1.2.6 Zweierlei Maß in der politischen Debatte.....	10
1.2.7 Korruption und Vetternwirtschaft in der Politik.....	11
2 Überlegungen zu psychologischen Ursachen der Entwicklung.....	12
2.1 Flüchtlinge als Konkurrenten um Ressourcen.....	12
2.2 Ernst genommen werden/ Ausgrenzung der Fremden.....	13
2.3 Ausgrenzung durch Politik.....	14
2.3.1 Eskalation der Auseinandersetzung mit Ängsten.....	14
2.3.2 Mangelnde Haltung führender Politiker.....	14
2.4 Politische Parteien.....	15
2.5 Kampf gegen die AfD.....	16
3 Schlussfolgerungen für die Debatte mit der Bevölkerung und im Umgang mit Ressentiments	16
3.1 Neuausrichtung der Begrifflichkeiten.....	16
3.2 Vermittlung von Politik an die Öffentlichkeit.....	17
3.3 Auspielen der Ärmsten gegeneinander.....	17
3.4 Differenzierung.....	17

3.5 Debatte über die AfD.....	18
3.6 Fehlverhalten bleibt Fehlverhalten.....	18
4 Schlussfolgerungen für die Politik - Wir stehen für eine Gesellschaft ohne Dauerverlierer.....	18
4.1 Sozialer Wohnungsbau.....	19
4.2 Hartz-Reformen.....	19
4.3 Integration.....	20
4.4 EU-Wirtschaftspolitik.....	20
4.5 Auseinandersetzung mit der AfD in der parlamentarischen Arbeit und öffentlichen Debatten.....	21
4.6 Haltung und Berechenbarkeit.....	21
4.7 Disziplin.....	21
4.8 Werbung für Parteien in einer parlamentarischen Demokratie.....	22
5 Schlussfolgerungen für unsere Wahlkämpfe.....	22
5.1 Programme alleine helfen nicht – Mut zum Kopfplakat.....	22
5.2 Faschistoide Partei entzaubern.....	23
5.3 Haltung bewahren.....	23
6 Erstunterzeichner*innen.....	23

Bauch vor Kopf – Da hilft nur noch Herz

Schlussfolgerungen und Thesen zum Umgang mit den AfD-Wahlerfolgen

Die Wahlerfolge der AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind der traurige Höhepunkt einer Entwicklung, die zu einer immer größer werdenden Distanz zwischen Bürgern und Politik führte.

Diese Entwicklung ist demokratiegefährdend. Die Ereignisse und das Gewicht der Rechten in Ungarn, Frankreich und Polen zeigen deutlich, wohin die Reise gehen kann, wenn nicht die Ursachen analysiert und entschlossene Schritte gegen die Entwicklung unternommen werden.

Auf dem Debattenverteiler der Grünen Linken entwickelte sich in der 12. Kalenderwoche 2016 eine spannende Diskussion, in der eine ganze Reihe an schlüssig erscheinenden Thesen zur Analyse und Schlussfolgerungen entwickelt wurden, die es verdienen, für die weiterführende Debatte in der Partei aufbereitet zu werden.

Wichtige Hinweise zum Verständnis vorab:

Im nachfolgenden Text geht es nicht um jene AfD-Wähler, die ein hermetisch-geschlossenes rassistisches Weltbild haben. Menschen, die sich für die "Herrenrasse" halten. Diese AfD-Wähler*innen meinen wir ausdrücklich nicht.

Wir glauben, dass die Anhängerschaft der AfD - **jetzt zu Beginn der Partei** - noch ein relativ großes Sammelbecken aus sehr unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Motiven darstellt. Alle mag einen, dass sie Fremdem gegenüber eher misstrauisch gegenüberstehen. Doch genau da beginnt unseres Erachtens schon die Ausdifferenzierung. Nicht alle diese Menschen sind tatsächlich das, was wir "Rassisten" nennen würden. Davon sind wir überzeugt und von **ihnen** handelt der nachfolgende Text

Uns geht es auch ausdrücklich **nicht** darum, die verschiedenen Politikfelder aus einer vermeintlich objektiven Warte heraus zu analysieren oder irgendeine Sichtweise zu entschuldigen.

Es ging uns darum, ganz bewusst die Warte der „Politikkonsumenten“ (= Wähler*innen) einzunehmen und aus einer bewusst gewählten subjektiven (und durchaus auch selbstkritischen) Sicht zu betrachten, wie (auch unsere) Politik/ Politikvermittlung aus dieser Warte betrachtet ankommt oder ankommen könnte.

Wenn die objektive Warte auf Politik von den Bürgern und Bürgerinnen nicht nachvollzogen wird, entsteht ein Problem:

Ein Sender ohne Empfänger hat seinen Selbstzweck verfehlt.

*Eine Partei, deren noch so großartige Positionen nicht
oder nur von einer Minderheit nachvollzogen werden,
wird nicht gewählt.*

1 Überlegungen zu politisch-ökonomischen Ursachen der Entwicklung

Der Begriff „*Globalisierung*“ ist zunächst ein völlig wertfreier Begriff. Es ist die Beschreibung eines einfachen (durch Internet, Reisen und anderem geschuldeten) Bewusstseinsumschwungs, bei dem immer mehr Menschen merken, dass die Welt nicht nur aus ihrem Dorf, ihrer Stadt oder ihrem Land / ihrer Nationalität besteht.

Dass die Ökonomie die Chancen, die daraus erwachsen, zuerst bemerkt hat, ist ihr nicht vorzuwerfen.

Ein Problem erwächst vielmehr aus der Tatsache, dass viele Menschen diesen eigentlich sehr erfreulichen Schritt, hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Denken, nicht nachvollzogen haben, sondern sich zurück in alte gesellschaftliche Schemata flüchten. (Weiteres ist in den Überlegungen zu psychologischen Ursachen der Entwicklung ausgeführt.)

Wenn ein gesellschaftlicher Bereich ("die Wirtschaft") diesen Schritt zur Globalisierung vollzieht, ohne dass die beiden anderen relevanten Bereiche der Gesellschaft, der kulturelle und der rechtliche Bereich entsprechend mitziehen, kann eine Gesellschaft aus dem Gleichgewicht geraten, wie es bei uns zur Zeit der Fall ist.

1.1 Die Durchökonomisierung der Gesellschaft führt zu Kulturverlust

Die Gesellschaft als System, das eigentlich nur dem Zweck dient, die Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit jedes einzelnen Menschen als Kulturwesen zu fördern und auch zu sichern, entartet unter dem Übergewicht der Ökonomie.

1.1.1 Übergewicht der wirtschaftlichen Bedeutung des Begriffs „*Wachstum*“

Beispielhaft ist die derzeitige Verwendung des Begriffes „*Wachstums*“, der nur noch auf das Materielle mit seinen endlichen Ressourcen bezogen wird. Mit der Einschränkung der Bedeutung des Begriffs haben wir zu einem großen Teil den Begriff des seelisch-geistigen Wachstums verloren.

Anstelle, dass jedes wirtschaftliche System nur darauf ausgerichtet ist, sich selber zu erhalten, sollte es auch die Möglichkeit des kulturellen, seelisch-geistigen Wachstum fördern.

1.1.2 Marginalisierung des Bildungsbegriffs

Selbst der Bildungsbegriff (und damit auch der Kulturbegriff) wurde so derart marginalisiert, dass inzwischen unter Bildung nahezu ausschließlich Berufsqualifikation verstanden wird, und das teilweise bis hinunter in die Kitas.

Das wirft die Frage auf wie heutzutage die Prioritäten sind, ob Eltern heute arbeiten gehen, damit ihre Kleinen in die Kitas gehen können (Bildung als Zweck), oder ob die Kinder in die Kitas gehen, damit die Eltern notfalls in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten können (Erwerbsarbeit als Zweck).

In Lehrplänen gerät die humanistische/ musische Bildung ins Hintertreffen, weil die Schulzeit aus ökonomischen Erwägungen verkürzt und die Schulausbildung fast ausschließlich als Vorbereitung auf das spätere Berufsleben begriffen wird.

1.1.3 Werteverlust in der EU

Die Europa-Idee ist eigentlich immer eine kulturhistorische gewesen. In der politischen Debatte verkümmerte sie zunächst zu einem Wirtschaftsbegriff, jetzt meistens zu einer schnöden Währungsunion, "geeint" durch den EURO.

Die 19 EURO-Staaten meinen inzwischen, sie seien Europa. Dass darin ein riesiges Diskriminierungspotenzial liegt, wollen auch in unseren Reihen nur wenige sehen. Das alles ist Ausdruck einer geistigen Verkümmern. Eine Gesellschaft, die meint, man arbeite hauptsächlich, um Geld zu verdienen, ist kulturell am Ende.

Wenn behauptet wird die Herausforderung der Fluchtbewegungen drohe, Europa zu zerspalten, dann ist das falsch. An den Folgen der Fluchtbewegungen, wird die bereits existierende Spaltung Europas nur sichtbar.

Die Spaltung ist hausgemacht und war bereits vorher da, weil es keine wirklich einigende Idee Europas mehr gibt. Beispielhaft ist die Entwicklung Ungarns aufzuführen, wo unter dem Dach der EU-Mitgliedschaft seit Jahren eine Entwicklung zu einer autoritären Herrschaftsform vollzogen wird, ohne dass die EU wirkungsvoll einschreitet. Polen scheint diesen Weg jetzt nachzuvollziehen.

Das unsolidarische und teilweise inhumane Verhalten einiger europäischer Länder bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen – übrigens auch das Verhalten Deutschlands Italien gegenüber – ist Ausdruck dieses Verfalls der europäischen Werte. Dieser Ausdruck des Verfalls europäischer Werte findet aktuell seinen Höhepunkt in Vereinbarungen der EU mit der Türkei, die auf die faktische Abschaffung des Asylrechts hinausläuft und den Vollzug an die autoritär beherrschte Türkei delegiert.

1.1.4 Umdeutung des Gemeinwohlbegriffs führt zum Verlusten bei der Rechtsstaatlichkeit

Grundsätzlich sollte es sein, dass staatliche Organe hoheitlich handelnd auf der Grundlage von öffentlich-rechtlichen Vorschriften arbeiten und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Wirtschaft arbeitet nur dem eigenen Profit verpflichtet und hat die öffentlich-rechtlichen Vorschriften hierbei zu beachten.

Die Profitorientierung der Wirtschaft ist solange kein Problem, solange sie sich tatsächlich innerhalb der Leitplanken geltender Gesetze abspielt und staatliche Instanzen dies tatsächlich überwachen, ggf. die Einhaltung der Vorschriften mit Sanktionen durchsetzen.

Wie sieht es aber heute aus?

Der Begriff des Gemeinwohls wurde mit der Ökonomie vermengt und damit umgedeutet. Der Hintergedanke ist klar - geht es der Wirtschaft gut, geht es auch dem Staat gut und die Steuereinnahmen fließen. Viele Menschen haben Arbeit.

Die Konsequenz aus der Verschmelzung der Begriffe sind aber Kontrollverlust und Kumpanei zwischen staatlichem und dem Gemeinwohl verpflichteten Kontrolleur und dem

Kontrollierten. Das ganze wird mit dem positiv besetzten Begriff „*Wirtschaftsfreundlichkeit*“ verbrämt.

Beispielhaft kann an dieser Stelle die Anwendung des Bergrechts im Zusammenhang mit den Braunkohletagebauen zu Gunsten von Unternehmen und zu Ungunsten der betroffenen Bürger*innen und Gemeingüter (Umwelt, Wasser...) angeführt werden.

Aus einer Kumpanei folgen geradezu zwangsläufig Skandale wie z.B. bei VW, der nur wegen des Wegschauens der Aufsichtsbehörden möglich war, oder der Finanzwirtschaft welcher der ungenierte Griff in das Staatssäckel ermöglicht wurde.

Oder auch der Energiewirtschaft, die in geradezu erpresserischer Manier heute ihre Entsorgungs-/ Sanierungslasten dem Staat zu übertragen versucht oder unsäglichen Finanzierungsmodellen öffentlicher Infrastruktur durch Public Private Partnership.

Warum interveniert der Staat bei der Insolvenz eines Konzerns X, aber nicht bei der Insolvenz des Handwerkers Y?

Der Rechtsstaat wird in der Summe in den Augen der Bürger*innen partiell aufgegeben – Sachverhalte unter den Augen einer aufmerksamen Öffentlichkeit mit zweierlei Maß gemessen. Dementsprechend fragwürdig erscheint das allgemeine Pochen auf rechtsstaatliche Grundsätze.

1.2 Wirkungen im Inneren

1.2.1 Die Globalisierung überfordert die Menschen

Globalisierung bedeutet, dass in immer mehr Bereichen ein immer weiterführender Austausch auf der internationalen Ebene stattfindet. Das hat zur Folge, dass Betrieben nicht nur größere Märkte zur Verfügung stehen, sondern dass sie auch einer größeren Konkurrenz ausgesetzt sind.

Mit dieser Konkurrenz wird gegenüber den Arbeitnehmer*innen argumentiert, denen suggeriert wird, dass ihre Arbeitsplätze nur gesichert werden können, wenn sie bereit sind, durch niedrige Löhne die Lohnstückkosten konkurrenzfähig zu halten.

Sie wird auch gegenüber Staaten angewandt, denen erklärt wird, dass Investitionen und Produktionen in die Staaten gelegt werden, in denen für die Gewinne am wenigsten Steuern gezahlt werden müssen.

In beiden Fällen handelt es sich um Spiralen nach unten, in denen die jeweiligen Akteure gegeneinander ausgespielt werden.

Konzerne sind zwar nicht schuld an der Globalisierung, aber sie nutzen sie zu Ungunsten der Gesellschaften. Das kann man ihnen auch gar nicht vorwerfen, solange ihr Verhalten den Regeln entspricht und keine sozialen Verwerfungen erzeugt, da ein Konzern gegenüber seinen InvestorInnen in erster Linie der Gewinnoptimierung verpflichtet ist.

Es gibt aber derzeit dabei viele Verlierer*innen. Wenn Alleinverdiener*innen auf Facharbeiterebene oder prekär beschäftigte Wissenschaftler im universitären Bereich nicht mehr in der Lage sind, ihre Familien auskömmlich zu finanzieren, dann rutschen sie ins Prekariat.

Der Wert der Arbeit ist gesunken und bedroht weite Teile der Bevölkerung existenziell. Dabei trifft diese Bedrohung mehr und mehr auch besser und hoch qualifizierte Menschen.

Die Mittelschicht ist in den letzten zehn Jahren auf diesem Weg um neun Prozent geschrumpft. Diese Menschen stehen dann auf der Straße, suchen nach Lösungen und folgen denen, die ihnen das beste Angebote machen. Und es sind nicht nur diejenigen, die bereits abgerutscht sind, sondern auch die, die sich bedroht fühlen.

1.2.2 Folgen der Umdeutung des Gemeinwohlbegriffs/ Umverteilung von unten nach oben/ Unternehmensgewinn vor Mensch

Um international konkurrenzfähiger und attraktiver für Investitionen zu werden, ist unter der Rot-Grünen Regierung der Spitzensteuersatz gesenkt und die Mehrwertsteuer erhöht worden. Damit wurden staatliche Einnahmen von jährlich 60 Mrd. Euro, die bis dahin von den Besserverdienenden getragen wurden jetzt auf alle Konsumenten verteilt, besonders betroffen sind davon die Ärmeren, die ja ihren gesamten Verdienst verkonsumieren müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Sozialleistungen wurden auf Harz 4 umgestellt und es wurden die Lohnnebenkosten gesenkt, indem der Arbeitgeberanteil der Krankenversicherung gedeckelt wurde. Das waren alles Maßnahmen die zu Lasten Arbeitnehmer*innen gingen, denen darüber hinaus über Jahre auch noch das Credo der Lohnzurückhaltung gepredigt wurde.

Zudem fehlt es an einer hinreichenden Zahl von Beschäftigungsmöglichkeiten für wenig qualifizierte Menschen Die aus Gründen der Kostenminimierung vorangetriebene Automatisierung hat über Jahre und Jahrzehnte hinweg genau diese Arbeitsplätze wegfallen lassen. Nach neuesten Studien in den USA werden in ausgewählten 706 Berufen durch Supercomputer und Roboterisierung 47% der Arbeitsplätze wegfallen. Dies wird die heutige Situation um ein Vielfaches verschärfen.

1.2.3 Milliardengeschenke für die Finanzwirtschaft

Waghalsige und teilweise kriminelle Geschäfte der Finanzwirtschaft haben Banken und Versicherungen in Schieflage gebracht. Diese wurden binnen kürzester Zeit mit Zuwendungen aus dem Steuersäckel ausgeglichen, ohne dass Aktionäre und Gläubiger*innen in angemessener Form an den Kosten beteiligt worden sind. Die Begründungen hierfür lauteten meist „Systemrelevanz“ und überzeugten nicht wirklich.

Die Hilfeleistungen für die Finanzwirtschaft brachten ganze Staatshaushalte ins Wanken und gefährdeten die Währungsstabilität.

Unter dem Strich entstand in der Bevölkerung nicht zu Unrecht der Eindruck, als sei für die „oberen Zehntausend“ das Geld da, welches man den „unteren Zehntausend“ nimmt.

Gute Ansätze aus dem EU-Parlament, der Finanzwirtschaft Fesseln anzulegen und – zum Beispiel durch eine Finanztransaktionssteuer – angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, werden von interessierten Lobbygruppen und Regierungen auf EU-Ebene blockiert oder zumindest verwässert.

1.2.4 Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge

Um die Staatsverschuldung einzudämmen, hat sich der Staat auf vielen Gebieten aus der Daseinsvorsorge zurückgezogen. Dies führt auf genau diesen Gebieten zu problematischen Konsequenzen:

So fehlen durch den Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau und dem Herausfallen vieler Wohnungen aus der Zweckbindung heute billige Wohnungen. Hierdurch findet eine Verdrängung unterer Einkommenschichten in Randlagen statt.

Die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum schränkt die Mobilität jener Menschen ein, die sich entweder kein Auto leisten können oder aus gesundheitlichen/ Altersgründen kein Auto mehr fahren können. In der Folge blutet der ländliche Raum aus. Die Privatisierung von öffentlichen Krankenhäusern führt zur Rosinenpickerei, bei der lukrative Bereiche Gewinne für private Taschen abwerfen und die Verlustbringer als Daseinsvorsorge wieder den staatlichen Trägern zufallen und die öffentlichen Haushalte belasten.

Seit Jahrzehnten ist es üblich geworden Gemeinlasten den Sozialversicherungen aufzubürden und somit nur von der Teilmenge der beitragspflichtigen Bevölkerung bezahlen zu lassen.

Darüber hinaus hat sich auch die Privatisierung der staatlichen Altersvorsorge durch die Riesterrente für die Sparer in der derzeitigen Niedrigzinsphase als Flop und für die Finanzwirtschaft durch die Menge der Einlagen und die schon kassierten Gebühren als Segen erwiesen

1.2.5 Hartz-Reformen als Bedrohung der Mittelschicht

Durch die Hartz-Reformen ist der schnelle Abstieg aus der vergleichsweise gutverdienenden Mittelschicht in die Unterstützungsbedürftigkeit verhältnismäßig einfach möglich geworden. Sanktionen für Unterstützungsempfänger wirken entwürdigend und erzeugen gewollte Existenzängste.

Geringfügige Erhöhungen der Sätze wurden von einem Politiker als Akt „*altrömischer Dekadenz*“ verunglimpft. Solche Verunglimpfung wie auch andere Verlautbarungen in gleicher Richtung erzeugen den Eindruck, dass der sprichwörtliche „*kleine Mann*“ von der Politik nichts mehr zu erwarten hat.

Vor diesem Hintergrund werden soziale Errungenschaften nicht mehr als solche wahrgenommen, sondern nur noch die aktuellen gesetzgeberischen Rückschritte als Bestätigung der eigenen Erwartung wahrgenommen und zur Einordnung des politischen Geschehens herangezogen.

1.2.6 Zweierlei Maß in der politischen Debatte

In höchstem Maße angreifbar sind immer wieder vorkommende Sachverhalte, bei denen mit zweierlei Maß gemessen wird. Als ein Beispiel zur Veranschaulichung wird hier die Beurteilung von Atomwaffen in der Bundespressekonferenz erwähnt, die unlängst durch die Medien ging. Warum sind russische Atomwaffen „schlecht“ und die Aufrüstung mit Atomwaffen in Russland verwerflich, wenn die Modernisierung amerikanischer Atomwaffen auf

deutschem Boden trotz anders lautender Bekundungen auf einmal „erforderlich“ ist und gutgeheißen wird?

Warum ist ein sozialschädliches Verhalten in der Wirtschaft auf einmal nicht mehr strafwürdig, welches den Normalbürger*innen vor den Staatsanwalt bringen würde? Vergleichbare Beispiele gibt es auf allen Ebenen.

Die Anwendung unterschiedlicher Beurteilungsmaßstäbe weckt ganz automatisch Zweifel an der Redlichkeit der vorgetragenen Argumente.

1.2.7 Korruption und Vetternwirtschaft in der Politik

Vorgänge wie die beispielhaft genannte CDU-Parteispendenaffäre oder aktuelle Berliner Affäre um den Staatssekretär a.D. Lutz Diwell u.v.a.m. erschüttern das Vertrauen der Bürger*innen in die Redlichkeit der politischen Akteure.

Mittlerweile wird die „ganze Politik“ – auf welcher Ebene auch immer – in die Mithaftung genommen für das Fehlverhalten Einzelner.

Dieses Misstrauen ist ein vorzüglicher Resonanzboden rechtsextremistischer Demagogen, das gesamte System der repräsentativen Demokratie in Misskredit zu bringen. Es braucht hierzu nur der Hinweis auf das Fehlverhalten und die nachgeschobene Behauptung, alle parteigebundenen Politiker seien so.

*Die Summe der öffentlich wahrnehmbaren Fehlentwicklungen lassen Bürger*innen zu recht an der Problemlösungsfähigkeit des demokratischen Sozialstaates und seiner Institutionen zweifeln.*

2 Überlegungen zu psychologischen Ursachen der Entwicklung

Die zweifellos vorhandenen politisch ökonomischen Ursachen einer Entwicklung erklären für sich alleine noch nicht alleine die massive Abwendung großer Teile der Bevölkerung von Prinzipien der parlamentarischen Demokratie.

Die AfD würde derzeit auch gewählt werden, wenn sie - salopp ausgedrückt - einen bekleideten Besenstiel kandidieren lassen würde.

Die Wahlentscheidung ist keine Kopfsentscheidung, sondern Ausdruck von Verbitterung, Frust, Zukunftsängsten, Hass und einem Sammelsurium sonstiger negativer Gefühle gegenüber Politik und Parteien.

Die Wähler*innen der AfD sind früher Großteils den Wahlen ferngeblieben, weil sie mit der Demokratie abgeschlossen hatten. Damit konnte Politik vergleichsweise gut leben, weil die Prozentzahlen dann eben auf der Basis einer geringeren Wahlbeteiligung ermittelt wurden und der Politikbetrieb nicht wirklich gestört wurde.

PEGIDA & Co haben Destruktion hoffähig gemacht. Man genießt die öffentliche Aufmerksamkeit durch gemeinsame grobe Provokationen.

Nach dem ersten Schritt der Provokation auf der Straße geht man nunmehr als nächsten Schritt unter Ausnutzung der demokratischen Spielregeln auch wählen und zwar AfD - um wahrgenommen zu werden und dem als enttäuschend empfundenen Parteien(*un*)wesen mit den vorstehend beschriebenen Wirkungen seinen Protest und seine Verachtung auszudrücken und hierdurch gerät das Gefüge ins Rutschen.

Deswegen reichen rein sachbezogene Überlegungen zum Umgang mit diesem Wählerverhalten zu kurz. Die Gefühlslage der Menschen **muss** in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Die Entwicklung des Bewusstseins von Menschen lässt sich nicht erzwingen: Weder bei uns noch bei anderen. Jede Veränderung/Entwicklung, die im Äußeren zu schnell, zu abrupt verläuft, wird Menschen verärgern, verunsichern, verängstigen!

Es wirkt arrogant von Politikern/ der Wirtschaft, zu verlangen, es solle gefälliger anders sein. Diese Forderung ist mehr noch eine Art Realitätsverweigerung und generell auch psychologisches Unwissen und Ungeschick.

2.1 Flüchtlinge als Konkurrenten um Ressourcen

Die Menschen, die aus der Fremde zu uns kommen, sind in sehr großer/ überwiegender Zahl nach unseren Maßstäben nicht ausreichend für die Anforderungen des hiesigen Arbeitsmarktes qualifiziert und konkurrieren dadurch mit Bevölkerungsschichten um Ressourcen, die es ökonomisch ohnehin schwer haben oder die sich vom Absturz aus der Mittelschicht bedroht fühlen.

Diese neue Konkurrenz wird von den Betroffenen als existenzbedrohend empfunden und bekämpft.

Eine politische Kraft, die verspricht, Flüchtlinge fernzuhalten, wird als Hilfe bei der Bekämpfung der Existenzbedrohung empfunden. Auf diesem Resonanzboden sozialer

Ängste spielen AfD und NPD mit Parolen, die eine Bevorzugung Deutscher bei der Verteilung von Gemeingütern fordern.

Die Abgrenzung als Angebot klingt logisch, weil eben die Öffnung ihren Beitrag zu der Problematik geleistet hat.

2.2 Ernst genommen werden/ Ausgrenzung der Fremden

Menschen fangen an zu konstruieren, auszugrenzen, aggressiv zu werden, sich zu bündeln, zusammenzurotten (zusammenzu"kuscheln"), wenn sie sich bedroht fühlen. Wenn sie Angst haben. Angst kann man nicht bekämpfen, indem man sie verurteilt. Angst muss zunächst angenommen werden, um sie anschließend mit etwas Zeit nach und nach zu überwinden. Wer einen ängstlichen Menschen stattdessen nur belehrt, seine Angst sei „falsch“, der verstärkt sie.

Vieles geht den Menschen zu schnell (zugegeben, auch deshalb, weil zuvor wichtige Aspekte der Realität kaum im öffentlichen Bewusstsein waren): Globalisierung, bedrohlich veränderte Weltlage, Flüchtlinge, die Wirtschaft und ihre harten, rasanten Prozesse und vieles mehr. Diese Menschen haben das Gefühl, dass sie nichts unter Kontrolle haben und immerzu andere bestimmen: Unpersönliche, kaum lenkbare Systeme wie internationale Finanzmärkte und Konzerne, Lobbyist*innen und auf der anderen Seite Politiker*innen, die immer weniger tatsächlich als Vertreter*innen von Bürgerinteressen wahrgenommen werden.

Die Globalisierung überfordert Menschen in einer Weise, wie – um es mit einem Bild auszudrücken – westliche Touristen Angehörige eines Urvolkes überfordern, wenn sie diese zum ersten Mal mit einem Auto mitnehmen, nur damit diese dann zwei Stunden an der Ausstiegsstelle verharren, um zu warten bis ihre „Seele“ nachkommt. Ebenso verharrt der so genannte „moderne“ Mensch in alten Strukturen, wenn er sich von schnellen Entwicklungen überfordert fühlt. Es entsteht ein starker Wunsch nach Geborgenheit und Sicherheit. Dieser Gefühlslage verleiht eine zunehmende Zahl von Menschen Ausdruck und wendet sich dabei von politischen Akteur*innen ab, die hastigen Entwicklungen scheinbar ohne ausreichende Regulierung oder Widerstand Folge leisten. Dieses Verhalten zeigt sich nicht nur zunehmend in Deutschland, sondern weltweit. Dabei wird jede Gelegenheit zur Komplexitätsreduzierung willkommen geheißen.

Ausgrenzung (bzw. in abgeschwächter Form Abgrenzung) ist ein grundlegendes Prinzip (wenn nicht DAS grundlegende Prinzip) des Lebens und das nicht nur auf soziologischer, sondern auch auf biologischer Ebene.

Es gibt sogar gute Argumente dafür, dass es Grundlage unserer binären Logik ist. Denn was bringt eine Zelle dazu als Einheit zu agieren, doch nur ihre Membran, ihre Ausgrenzung der Umwelt. Was bringt einen Zellhaufen dazu sich als Individuum zu empfinden, doch nur die Abgrenzung zur übrigen Umwelt.

Auf soziologischer Ebene erzeugt die Ausgrenzung ein Zusammengehörigkeitsgefühl und hier kommt unter Umständen der „*autoritätshörige Charakter*“ (siehe Seite -15-) zum Tragen, der seine Ausgrenzung anhand des einfachen Prinzips der Autoritätsgläubigkeit bzw. -ungläubigkeit vornimmt.

Wenn man dem Ansatz folgt verwundert es nicht mehr warum es integrative Ansätze immer so viel schwerer haben, als ausgrenzende Ansätze.

2.3 Ausgrenzung durch Politik

Der Begriff „Rassismus“ ist zum Kampfbegriff geworden. Wir grenzen sofort als Rassist*innen aus, wer Ängste und vielleicht auch Ressentiments gegenüber Fremden und Fremdem hat. Wenn aus Ängsten auch leicht Rassismus werden kann, so treiben wir diese Menschen häufig auch durch unsere oft viel zu schnellen Verurteilungen in die Arme derer, die sie nur allzu gerne zu einem Werkzeug ihres eigenen Rassismus machen. Zu einem Zeitpunkt, wo man über diese Gefühle und Gedanken vielfach noch hätte reden können, schlägt diesen Personen die Ausgrenzung und Selbstüberhöhung linker und liberaler gesellschaftlicher Kräfte entgegen. In der Folge wenden sich diese Bürger*innen schnell jenen politischen Akteuren zu, die sie nicht für ihre Gefühle und Gedanken verurteilen, sondern diese sogar noch mit viel krasserem Aussagen bestätigen.

Hinzu kommt, dass seitens der Politik (nicht zuletzt auch von unserer Partei) „von oben herab“ beurteilend und belehrend an Menschen herangetreten wird, welche nicht unseren Bildungsstand und unseren im weitesten Sinne „Horizont“ teilen mögen. Viele Menschen empfinden Politiker*innen deshalb oft als weltfremd, abgehoben und arrogant. Sie fühlen sich unverstanden und im schlimmsten Fall sogar abgekanzelt.

2.3.1 Eskalation der Auseinandersetzung mit Ängsten

Eskalation geschieht häufig nicht nur von einer Seite. Wir tun gut daran auch Selbstkritik zu üben, wenn wir wirklich etwas an der entstandenen Situation ändern möchten: Es sind eben nicht nur einfach alles "Feinde einer pluralistischen, freien Gesellschaft", wie in unseren Reihen häufig interpretiert wird. Es ist vielmehr genau diese Haltung, an der alles abzu-prallen scheint, was diese einfachen Leute sagen, deren Söhne und Töchter im Gegensatz zu den meisten unserer schon mit Ali und Mehmet zur Hauptschule gingen: *"Ihr könnt ja einfach nur nicht bunt. Wollt wohl die 50er zurück, hm? Habt wohl nur Angst, hm?"*.

Mit dieser Haltung verlieren linke und liberale Kräfte jeden Halt in einer Gesellschaft, in der sich viele Menschen durch, bildlich gesprochen, "fremde Stämme" in irgendwelchen konkreten Sorgen oder Ur-Ängsten gefangen fühlen mögen und mit zunehmenden Ressentiments immer mehr dem rechten Rand zuwenden. Langsam, schleichend, unaufhaltsam... während linke und liberale gesellschaftliche Akteur*innen zu sehr damit beschäftigt sind, die "Besseren" zu sein und genau das diese Menschen auch durchaus spüren lassen.

2.3.2 Mangelnde Haltung führender Politiker

Wir erleben es aktuell, wie Sigmar Gabriel und Horst Seehofer einen Schlingerkurs fahren. Sigmar Gabriel trat an, Rüstungsexporte zu begrenzen und macht in der praktischen Politik das Gegenteil. Er verkündete rote Linien für die Freihandelsabkommen, die er einen Atemzug später gleich schleifte und die Partei auf Linie zwang. Weitere Beispiele lassen sich fast beliebig aufzählen.

Sigmar Gabriel ließ es damit an politische Verlässlichkeit fehlen, die für den Vertrauensaufbau unbedingt erforderlich ist. Seine persönlich fehlende Haltung strahlt kraft seines Amtes auf die Partei ab. Wofür die SPD heute steht, ist im Prinzip völlig unklar, bzw. nicht mehr wirklich glaubhaft.

Seehofer rannte letztlich populistischen Parolen der AfD hinterher, anstatt Haltung zu bewahren und fiel damit der Kanzlerin in den Rücken, deren Haltung Sicherheit vermitteln sollte.

Dieses In-den-Rücken-fallen durch einen Koalitionspartner unterminierte in grober Weise die bewusst und notwendig öffentlich zur Schau getragene Sicherheit der Kanzlerin, „*wir schaffen das*“.

Adorno in den 1940er Jahren in den USA eine Studie geschrieben („*Studien zum autoritären Charakter*“), die u.a. erklärt, warum weder die Intelligenz, die Bildung noch die soziale Lage für diese im Kern apolitische Haltung ausschlaggebend ist, sondern vor allem die individualpsychologische Disposition.

Der autoritäre Charakter verehrt die Stärke und verachtet den Schwachen - das passt (leider) ganz gut zum kapitalistischen Prinzip und führt zur Ablehnung von demokratischen Verfahren. Adorno sah die Ursachen für diesen Charakterzug u.a. noch in einer autoritären Erziehung.

Vielleicht muss man sich damit abfinden, dass es diesen Charakterzug bei Menschen einfach gibt und dass er umso wirksamer wird, je unsicherer die allgemeinen und persönlichen Lebensverhältnisse und -perspektiven sind.

Der autoritäre Charakter reagiert auf Verunsicherung mit Angst und auf Angst mit Aggression gegen die Schwäche. Letzten Endes spielt hier auch (Selbst-)Hass auf die eigene Schwäche eine große Rolle, der zur Sehnsucht nach einer übergeordneten Identifizierungsmöglichkeit mit „*Stärke*“ führt - D-Mark, Schusswaffen, Nation, Macht, Unternehmen... was auch immer.

Ein Schlingerkurs bei führenden Politiker*innen verunsichert. Er vermittelt Unsicherheit.

Jeder, der jetzt kommt und Sicherheit und einfache Lösungen vorgaukelt, füllt dann ein Vakuum, das anschließend für vernünftige Argumentation nicht mehr zugänglich ist. Deswegen ist der Vorwurf absolut zutreffend, dass Horst Seehofer die AfD groß geredet und Sigmar Gabriel die SPD klein manövriert hat.

2.4 Politische Parteien

Mittlerweile ist die Parteilosigkeit fast ein Wert an sich geworden. Damit wird versucht, Parteien aus der öffentlichen Willensbildung fernzuhalten (auszugrenzen) und es heftet ihnen einen „igitt-Faktor“ an.

Begründet wird dieser mit Korruption, Vetternwirtschaft, einzelnen Personen und einem Großteil von Argumenten, aus denen die Unkenntnis über Strukturen, Chancen und innerparteilicher Willensbildung spricht.

Wir haben es – auch ablesbar an vielen Bürgerbündnissen auf kommunaler Ebene - mit einer ziemlich breiten Abwendung der Menschen von den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie zu tun und müssen überlegen, wie wir damit umgehen.

Es wird nicht mehr darauf geschaut, was von der Politik geleistet wird, sondern nur darauf, was nicht geleistet wird. Fehlleistungen werden überhöht, Erfolge oder erfolgversprechende Maßnahmen kleingeredet oder nicht wahrgenommen.

Alle Parteien werden in einen Topf geworfen, der angeblich als Kartell gegen die selbst ernannten Verteidiger des Abendlandes - die AfD – steht.

Deswegen ist es "out" Mitglied in einer Partei zu sein oder zu werden - einer der Gründe für die Schwäche der Parteien!

Dass ein regional agierendes Bürgerbündnis nicht die Schlagkraft hat, ein großes Thema zu bearbeiten und hierfür Mehrheiten zu organisieren, wird in den Überlegungen völlig ausgeblendet.

2.5 Kampf gegen die AfD

Die aktuellen teils sehr polemischen Angriffe auf die AfD bewirken genau das Gegenteil von dem, was sie eigentlich bewirken sollen.

Wähler*innen und Anhänger der AfD empfinden diese Angriffe ohne eine Reflektion der Inhalte der AfD-Programmatik als Respektlosigkeit ihrer Wahlentscheidung gegenüber.

Damit bewirken diese Angriffe eine Solidarisierung auf Seiten der AfD-Anhänger und erzeugen damit eine ungewollte Stärke auf Seiten der AfD.

3 Schlussfolgerungen für die Debatte mit der Bevölkerung und im Umgang mit Ressentiments

*Wir müssen den Menschen endlich wieder zuhören lernen
und aufhören zu denken, „wir“ wüssten die "Wahrheit".
Sachkundige Bescheidenheit überzeugt!*

3.1 Neuausrichtung der Begrifflichkeiten

Wenn wir wieder ein Gleichgewicht zwischen Kultur, Recht/Politik und Wirtschaft herstellen wollen, muss sehr viel grundlegend neu ausgerichtet werden.

Unsere Auffassung von Lohnarbeit, unsere Art zu wirtschaften, unser Steuersystem, unsere Bildungseinrichtungen u.v.m. Es bedarf auch einer partiellen Trennung von Arbeit und Einkommen.

Bevor die zweifellos revolutionären Änderungen in Angriff genommen werden, müssen sie durch eine sorgfältige gesellschaftliche Diskussion vorbereitet werden, um eine erneute Überforderung der Menschen durch die damit verbundenen tiefgreifenden Umbrüche mit nicht mehr zutreffenden Gewissheiten zu vermeiden.

Ohne diese Veränderungen blieben aber unsere Gesellschaft, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und im Schlepptau davon manches andere mehr auf der Strecke, darum gibt es keinen anderen Weg.

3.2 Vermittlung von Politik an die Öffentlichkeit

Das eine tun, ohne das andere zu lassen. So wichtig die differenzierte inhaltliche Arbeit unserer Mandatsträger*innen der Bundes- und Europaebene auch ist. Sie wird außerhalb der Partei offensichtlich nur partiell und größtenteils eher kritisch wahrgenommen.

Wir sind in der öffentlichen Wirkung eher in der Defensive und brauchen neue Kommunikationsformen, die komplexe Sachverhalte der Politik auf „*grob vereinfacht*“ und auf das Bauchgefühl abzielend herunterbricht und vermittelt.

Die grobe Vereinfachung darf nicht nur den Kritikern an grüner Politik vorbehalten bleiben. Wir müssen selber zum wahrgenommenen Sender werden und können/ dürfen uns nicht ausschließlich auf Medien stützen, die ihrerseits nur die Profitorientierung im Blick haben. Unsere „*Köpfe*“ sind Transporteure unserer Inhalte.

Es ist ganz sicher leichter und effizienter, Inhalte über Köpfe zu transportieren, als über trockenes Papier. Papier spricht den Kopf an, aber nur, wenn es gelesen wird.

Der Mensch kommuniziert und kann mit seiner Persönlichkeit auch auf das Bauchgefühl des Gegenüber einwirken.

Klar ist aber auch, dass das Geld und Ausdauer kostet.

3.3 Ausspielen der Ärmsten gegeneinander

Es ist dringend darauf zu achten, dass in der Debatte keine Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Wenn gezielte Maßnahmen für Flüchtlinge gefordert werden, besteht die Gefahr die unteren einheimischen Bevölkerungsgruppen auszuschließen. Umgekehrt besteht bei Maßnahmen für die unteren einheimischen Gruppen die Gefahr die Flüchtlinge auszuschließen.

So oder so können Ressentiments und Neid auf der einen oder anderen Seite geschürt und eine Spaltung der Gesellschaft erzeugt werden.

Wir machen Politik für alle – stellen unsere Ressourcen **allen** Bedürftigen zur Verfügung.

3.4 Differenzierung

Niemand, der Angst hat, ist deshalb gleich ein Rassist. Wenn alleine das im Dialog mit den Menschen im Konfliktfall klarer herauskäme und man sie nicht für ihre Ressentiments sofort verurteilen würde, wäre die Tür für weiteren Dialog zumindest offen.

Dazu würde auch gehören, dass man Gespräche mit der örtlichen Antifa führt und darauf einwirkt, dass diese nicht jeden Gesprächsansatz gleich mit der 'Rassismus'-Keule verhindern. Das würde nur dazu führen, dass die rechten Rattenfänger fette Beute machen, weil die Linke zu arrogant ist zuzuhören und die Leute vor Ort (auch wenn sie sich zunächst etwas unsympathisch in unseren Ohren anhören mögen) ernst zu nehmen.

Die meisten Menschen regen sich wieder ab, wenn sie gehört werden. Im Dialog sieht dann vieles ganz anders aus.

Der Begriff „Rassismus“ sollte nur noch dann verwendet werden, wenn es klar ist, dass der Vorwurf Menschen sind, die „Andersartigkeit“ mit Hass begegnen. Angst und ein paar Ressentiments sind noch lange kein Hass.

3.5 Debatte über die AfD

Selbst, wenn es reizt, hier und da polemische Angriffe gegen die AfD vorzutragen, erscheint es in der Summe zielführender, sachlich zu bleiben und Angriffe ausschließlich auf der Sachebene zu führen.

Je zutreffender ein Vorwurf auf der Sachebene ist, umso weniger ist er fundiert zu kontern und umso größer ist der Überzeugungswert.

Im Übrigen sollte man die Kirche im Dorf lassen und keine unnötige Aufmerksamkeit auf die AfD lenken. Schlechte Reklame gibt es nicht. Es gibt nur Reklame. Jede Nennung hilft ihrer Werbung – ein Grund für ihre teilweise unerträglichen Provokationen.

3.6 Fehlverhalten bleibt Fehlverhalten

Redlichkeit und Glaubwürdigkeit sind die herausragend wichtigen Faktoren, die Wähler*innen dazu bewegen können, einem Kandidaten/ einer Kandidatin/ einer Partei die Stimme zu geben. Unredlichkeit strahlt auf Jahre hinaus auf die ganze Partei aus.

Nach einem Fehlverhalten sollte auf die entsprechenden Personen eingewirkt werden, im Interesse der Partei schnellstmöglich die Konsequenzen zu ziehen.

In einer Debatte spricht nicht für die Glaubwürdigkeit eines Gesprächspartners, wenn ein Fehlverhalten nur dann nicht klar benannt wird, wenn es die eigenen Leute waren. Wenn Unredlichkeiten vorkamen, müssen die immer auch unter Vermeidung einer Vorverurteilung so benannt werden.

In der Aufklärung ist ein Höchstmaß an Transparenz und Akribie wichtig. Halbherzig durchgeführte und öffentlich als „brutalstmöglich“ verkaufte Aufklärungsversuche stärken nur den schädlichen Eindruck, dass „Parteifreunde“ alle unter einer Decke stecken. Im Übrigen sollte in der Diskussion mit Bürgern und Bürgerinnen auch verdeutlicht werden, dass auch Politiker Menschen sind – mit allen Schwächen, Fehlern, Stärken und Eigenarten, die jeder Mensch hat.

Wenn ein Mensch in ein Parlament oder hohe Positionen gewählt/ bestellt wird, so legt er seine Stärken oder Schwächen nicht an der Garderobe ab und wird auch weiter Fehler machen.

4 Schlussfolgerungen für die Politik - Wir stehen für eine Gesellschaft ohne Dauerverlierer

Wir brauchen eine Umkehr – im Großen, wie im Kleinen. Es muss aufhören, dass sich Lobbygruppen den Staat zur Beute machen. Dem Primat der Politik mit Blick auf das Gemeinwohl muss wieder Geltung verschafft werden.

Ein Grund im Übrigen, warum der Kampf gegen die Freihandelsabkommen richtig und wichtig ist. Diese würden genau die kritikwürdigen Entwicklungen auf Dauer manifestieren und eine Umkehr unmöglich machen.

Der Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge muss beendet werden. Wir brauchen eine Rückkehr zu einem Sozialstaat, der diesen Namen auch verdient und der durch eine angemessene Besteuerung großer Einkommen und Unternehmensgewinne finanziert wird.

Das Sparen ist nicht der richtige Weg zur Stabilisierung der Gesellschaft, sondern die vollständige Ausschöpfung der Einnahmequellen.

Gelungene Sozialpolitik ist Demokratiep politik!

Sie nimmt Ängste und macht immun gegen Parolen, die auf den Resonanzboden der Ängste abzielen

Gleichwohl muss der Eindruck vermieden werden, als täte sich auf diesem Sektor nur deswegen etwas, weil die AfD die Politik treibt. Dieser Eindruck würde es sonst der AfD ermöglichen, soziale Änderungen als ihren Erfolg zu verkaufen.

Hier nur einige und nicht abschließend verstandene Vorschläge, die auch öffentlich „verkäuflich“ sind:

4.1 Sozialer Wohnungsbau

Um die große Nachfrage nach billigem Wohnraum in Ballungsräumen zu befriedigen hilft es nicht, auf die angeblich regelnde Wirkung des Marktes zu vertrauen. Diese Regelung des Marktes führt zwangsläufig zur Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten und erhöht die Aufwendungen der Kommunen für die Kosten der Unterkunft.

Wir brauchen sozialen Wohnungsbau für alle Bevölkerungsschichten – angestammte Bevölkerung und Geflüchtete –, um durch eine Durchmischung der Bevölkerung Integration zu fördern.

4.2 Hartz-Reformen

Unsere Mitverantwortung für die Hartz-Reformen sollten wir aktiv nutzen und offensiv für eine Abmilderung von Härten eintreten. Härten, für die wir von großen Teilen der Bevölkerung zu recht in die Mithaftung genommen werden.

Das Sanktionswesen muss zumindest gemildert, wenn nicht sogar abgeschafft werden. Es befördert durch das Schüren von Ängsten den Sozialneid am unteren Ende der Bevölkerung, schürt Ressentiments und verstößt letztlich auch gegen die Menschenwürde, wenn das soziokulturelle Existenzminimum unterschritten wird.

4.3 Integration

Wir sollten die Fehler der 60iger, 70iger und 80iger Jahre vermeiden, in denen durch Ausgrenzung und Ghettoisierung die Bildung von Einwanderer-Subkulturen zugelassen wurden.

Wir brauchen die Durchmischung. Die Begegnung zwischen der angestammten Bevölkerung und den Geflüchteten reduziert Konflikte und erleichtert das gegenseitige Aufeinander-Zugehen. Die Begegnung ermöglicht die Vermittlung von Sprache und hiesigen kulturellen Gepflogenheiten, die für die Integration unumgänglich notwendig ist.

Wer sich kennt, grenzt sich nicht aus. Das bedeutet aber auch zu akzeptieren, dass Menschen nach einem langen Aufenthalt Wurzeln geschlagen haben und eine Abschiebung ohne triftigen Anlass nach langem Aufenthalt die Menschenwürde verletzt.

Im kleinen Rahmen der Kommunalpolitik sollten sich unsere Mitglieder und Funktionsträger*innen auch weiterhin in Willkommensinitiativen einbringen und aktiv an der Möglichkeit von Begegnungen und interkulturellen Fortbildungsangeboten mitwirken.

Im großen Rahmen der Landes-, Bundes- und Europapolitik heißt das, für eine auskömmliche Finanzierung der örtlichen Angebote zu sorgen und der aktuellen Politik der Abschreckung ein glaubwürdiges Gewicht entgegenzusetzen und vor allem auch nachvollziehbar zu kommunizieren, warum, bzw. warum ein Vorhaben nicht umsetzbar war.

*Kompromissbereitschaft hat die Grenzen, welche von der eigenen
Glaubwürdigkeit gezogen werden.
Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen!*

4.4 EU-Wirtschaftspolitik

Die kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen müssen auf internationaler Ebene der Situation angepasst werden.

Wir brauchen neben einer wirkungsvollen europäischen Finanzmarktregulierung und -Besteuerung. Der Einsatz, den unsere Europa-Abgeordneten diesbezüglich zeigen, muss noch mehr kommuniziert werden, weil er zwar durchaus in Fachkreisen und innerparteilich wahrgenommen wird, aber nicht in der breiten Öffentlichkeit (siehe Seite -17-).

Auch Oma Liesel aus Berlin-Schöneberg muss am Ende wissen, wer Sven Giegold ist, was Sven Giegold im Europa-Parlament tut und welche Bedeutung das am Ende für sie hat!

Wir brauchen zudem auch europäische Gewerkschaften, deren Mitglieder in Deutschland gegen Lohnkürzungen streiken, weil sie die Griechischen ArbeitnehmerInnen nicht unter Druck setzen wollen. Der wenn auch kaum sichtbare, aber dennoch nach wie vor existierende Klassenkampf in einer globalisierten Welt muss auch global geführt werden.

4.5 Auseinandersetzung mit der AfD in der parlamentarischen Arbeit und öffentlichen Debatten

Letztlich ist die Fokussierung der AfD auf den Islam ein Manöver, um von dem sozialstaatsfeindlichen Charakter der Partei abzulenken

Parolen und Programm der AfD widersprechen sich - aber wie üblich liest offensichtlich niemand das Programm, sondern alle lassen sich von den populistischen Parolen blenden und vor sich her treiben.

Die öffentliche Darstellung des AfD-Programms mit Erläuterung seiner Konsequenzen für den „*kleinen Mann*“ in der parlamentarischen Arbeit und viele öffentliche Debatten mit Vertretern und Anhängern über das Programm der AfD helfen, die Öffentlichkeit über den arbeitnehmerfeindlichen Charakter der Programmatik zu informieren.

In der täglichen politischen Arbeit gibt es auch bei uns Verbesserungsbedarf.

4.6 Haltung und Berechenbarkeit

Die Berechenbarkeit der Handelnden - ihr gelebtes Wertegerüst – stellt einen wichtigen Aspekt bei der Erarbeitung von Akzeptanz auch für unpopuläre Entscheidungen dar.

Berechenbarkeit der Akteure und eine klare Sachorientierung erlauben dem Bürger*innen einen längeren zeitlichen Vorlauf, um sich aufkommende Entscheidungen einzustellen, auch wenn sie ihnen nicht gefallen. (Vergl. Seite -15-)

Die Betroffenen können sich selber ausrechnen, was vermutlich für eine Entscheidung folgt und sich darauf einstellen.

Zum Haltung bewahren gehört auch das rechtzeitige Kommunizieren von Entscheidungen und auch das Aushalten von Gegenwind.

Kompromisse, die der kommunizierten Haltung/ Willensbildung der Partei entgegenstehen, müssen sehr sorgfältig kommuniziert werden, weil sie in der öffentlichen Wahrnehmung als „*Umfallen*“/ „*in den Rücken fallen*“ empfunden werden.

Von daher haben die Bürger*innen auch wenig Verständnis für parteitaktische Spielchen zum Beispiel im Bundestag, bei denen sinnvolle Anträge der LINKEN von Bündnis90/ Grüne nicht unterstützt, sondern nur mit Enthaltung abgestimmt werden.

Es fällt uns kein Zacken aus der Krone, auch einen guten Antrag der LINKEN zu unterstützen, wenn wir damit unsere Grundhaltung bekräftigen können – im Gegenteil!

4.7 Disziplin

Genauso wenig haben die Bürger*innen Verständnis, wenn Beschlusslagen der Partei aus interessierte Ecke via Presse angegriffen werden, anstatt auf den dafür vorgesehenen Weg der innerparteilichen Willensbildung.

Unsolidarische Akte einzelner Akteure zur Selbstprofilierung schaden dem Bild der Partei und sollten – gegebenenfalls auch deutlich – als Einzelmeinung zurückgewiesen werden.

Wer Änderungen in der bündnisgrünen Programmatik bewirken möchte, möge das bitte auf dem üblichen Weg tun und für seine Anträge auf der LDK/ BDK Mehrheiten organisieren.

Unabgestimmte Seitenschüsse über die Presse sind nicht nur für das Bild der Partei in der Öffentlichkeit verheerend, sondern verwässern, wofür die Partei steht.

4.8 Werbung für Parteien in einer parlamentarischen Demokratie

Es ist eine Imageoffensive erforderlich, mit der Bündnis90/ Die Grünen die Chancen zur Partizipation an politischer Willensbildung durch eine Mitgliedschaft in einer Partei herausstellen.

Insbesondere sollten hierbei die Möglichkeiten herausgearbeitet werden, warum Parteien gegenüber regionalen Bürgerbündnissen bei der inhaltlichen Arbeit strategische Vorteile in der Beschaffung von Know How und Möglichkeit der Arbeit auf mehreren Ebenen haben.

Wichtig ist auch die Vermittlung, dass der Eintritt in eine Partei nicht gleichbedeutend ist mit der Aufgabe des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Auch dieser Einwand ist immer wieder zu hören.

5 Schlussfolgerungen für unsere Wahlkämpfe

5.1 Programme alleine helfen nicht – Mut zum Kopfplakat

Parteiprogramme zu entwickeln ist sicherlich wichtig, um einen Kompass zu haben, nach dem man Politik macht. Nur erreicht man damit alleine nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, der sich dafür interessiert. Ein Parteiprogramm alleine zielt auf den Kopf, nicht aber auf den Bauch.

Selbst wenn es für viele Veteranen bündnisgrüner Politik schmerzlich klingt – eine reine Programmpartei hat in einem negativ emotionalisierten Umfeld zu wenig Bindungskraft, um ausreichend Wahlerfolge zu erzielen, die sie dauerhaft über der 5%-Hürde hält. Benötigt werden integrale Kandidaten, an denen man sich reiben kann.

Typen, die das Programm glaubwürdig rüberbringen und die Sprache der Menschen sprechen. Kandidaten, die im Wahlkampf präsent sind und von der Partei nicht versteckt werden. Menschen, an denen sich auch autoritäre Charaktere orientieren und anlehnen können.

Baden-Württemberg hat eines gelehrt: Das Aufbauen geeigneter Identifikationsfiguren ist kein Personenkult, sondern ermöglicht es der Bevölkerung, über die Person des/ der Kandidaten/ Kandidatinnen auch eine persönliche Bindung zur Partei auf der Emotionalebene aufzubauen.

Wir sollten deswegen zukünftig bewusst Wahlkampf betreiben, der auf Erst- **und** Zweitstimme abzielt. Die Erststimme zieht die Zweitstimme nach sich.

Letztlich ist diese Strategie auch eher Menschen vermittelbar, welche die Feinheiten unseres Wahlrechts nicht durchblicken und auch kein Interesse daran haben, sich vertieft damit auseinanderzusetzen.

Die reine Fokussierung auf „*unsere Wähler*“ hilft uns nicht weiter, weil wir wachsen müssen, um ausreichend politisches Gewicht zu entwickeln.

5.2 Faschistoide Partei entzaubern

Es ist nicht klug, in Wahlkämpfen der AfD aus den Weg zu gehen. Das wird von der Bevölkerung als „Kneifen“ empfunden.

Podiumsdiskussionen geben die Möglichkeit, auch mit Pressebegleitung die AfD inhaltlich zu attackieren und ihre sozialstaatsfeindlichen Programme und Parolen in der Öffentlichkeit anzuprangern.

5.3 Haltung bewahren

Ein Schlingerkurs verunsichert – Haltung zu bewahren auch unter Gegenwind erzeugt Respekt. Respekt zu erzeugen ist eine der möglichen positiven Reaktionen auf der Emotionalebene, die man einem Kandidaten/ einer Kandidatin entgegenbringen kann.

Wir brauchen eine Erneuerung der Demokratie!

6 Erstunterzeichner*innen

Thomas Dyhr
KV Barnim
Sprecher des Kreisverbandes

Susanna Scherer,
KV Aschaffenburg-Land

Andreas Knoblauch
KV Salzgitter

Fritz Lothar Winkelhoch
OV Gummersbach
Sprecher

Dietmar Ferger
Mitglied im Kreisvorstand
GRÜNE Lörrach

Arfst Wagner
KV Schleswig-Flensburg

Klemens Griesehop
KV Pankow

Karl-W. Koch,
KV Vulkaneifel

Claudia Laux,
KV Bernkastel-Wittlich

Manuel Kochinski,
KV Berlin-Mitte

Ralf Henze,
KV Odenwald-Kraichgau

Barbara Poneleit
KV Forchheim
Schatzmeisterin

Hans Menningmann
Sprecher OV Reinheim im KV
Darmstadt-Dieburg

Horst Schiermeyer,
KV Görlitz, Sprecher SRV

Heiko Sachtleben
KV Peine

Renate Klünder
KV Kiel